

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1,90 M., bei Platzvorschrift 2,30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1,70 M., Reklame-Kolonelspalte 7,50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## An die werktätige Bevölkerung Sachsens!

Schwer lastet auf euch die wirtschaftliche Krise, die der Weltkrieg erzeugt hat. Sie bedeutet den völligen Zusammenbruch der privatkapitalistischen Produktionsweise und offenbart die Ohnmacht der kapitalistischen Gesellschaft, die zerrüttete Wirtschaftsordnung wieder aufzubauen.

Sie äußert sich in der Stilllegung großer Industriezweige, der wirtschaftlichen Unsicherheit, der Zunahme der Erwerbslosen, die mit den Familienangehörigen fast eine Million erreichen, der zunehmenden Zahl der Kurzarbeiter, die nur noch zwei oder drei Tage in der Woche beschäftigt sind, deren Familien in bitterer Not verenden, in der völligen Entwertung des Geldes, der steigenden Papiergeldflut, der Teuerung aller Nahrungs- und Genussmittel wie Gebrauchsgegenstände, der Wohnungsnot. Kurz, sie äußert sich in all dem wirtschaftlichen Elend, das letzten Endes die Arbeiter, Frauen, Angestellten und Beamten durchkosten müssen und dem sie schließlich erliegen.

Und dennoch! Um den Preis des eigenen Unterganges bleibt nichts anderes übrig, als die zerrüttete Wirtschaftsordnung wieder aufzubauen. Da die kapitalistische Gesellschaft sich als unfähig erweist, diesen Aufbau zu vollbringen, so bleibt nur der Aufbau nach sozialistischen Grundsätzen übrig, unter Mitwirkung des werktätigen Volkes die gesamten Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum zu verwandeln und die Produktion selbst gesellschaftlich zu regeln.

Sie kapitalistische Ausbeutung und freier Handel, die sozialistische Wirtschaftsordnung und Aufbau — war das Feldgeschrei bei der Reichstagswahl. Und der Erfolg? Die arbeitende Klasse, die Männer und Frauen, die mehr als zwei Drittel der gesamten Bevölkerung umfassen, die all das Elend bis zur bitteren Reize zu durchkosten haben, sie folgten nicht reiflos den sozialistischen Fahnen, sondern leisteten den Kapitalisten Heeresfolge. Namentlich die Frauen folgten den kapitalistischen Rattenfängern und verrieten kurzschichtig ihre eigenen Interessen. So kam es, daß nahezu 57 Prozent der abgegebenen Stimmen den kapitalistischen Parteien und nur etwas mehr als 43 Prozent den sozialistischen Parteien zustießen und die kapitalistischen Parteien mit einer Mehrheit im Reichstag als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgingen.

Kaum sind einige Monate ins Land gegangen und schon zeigt es sich, welche verheerenden Folgen dieser Wahlsieg dem Volke bringt.

Statt aufzubauen, wie sie versprochen hatten, zerstören sie die Volkswirtschaft. So haben sie noch mehr Betriebe stillgelegt, Arbeitsmaschinen abgebrochen und als altes Eisen oder nach dem Ausland verschachert; statt die Produktion zu steigern, haben sie Prämien gewährt für die Annullierung der erhaltenen Aufträge. Bei zunehmender Verteuerung der Lebensmittel zwingen die Unternehmer die Arbeiter, Feierschichten zu übernehmen, drücken sie die Bühne herab und steigern die Zahl der Erwerbslosen.

Der Wert der deutschen Mark, der vor der Wahl 12 1/2 Pfennig betrug, sank auf 7 1/2 Pfennig herab. Die Agrarier wittern Morgenluft und steigern ihren Profit. Sie bauen viel zu wenig Getreide, Kartoffeln usw. an und setzen im Bündnis mit ihrer Regierung die Preise für Getreide und Kartoffeln immer höher herauf. Die Rationierung von Fleisch und Kartoffeln, Hülsenfrüchten und anderen Lebensmitteln wird beseitigt, und die Folge macht sich schon jetzt im Abschieben des Viehes nach dem Auslande und des weiteren Anziehens der Fleischpreise geltend. Die Not des Volkes wird für den Winter sich zur Unerträglichkeit steigern. Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte, das sind die Früchte eurer Reichstagswahl.

**Am 14. November dieses Jahres werdet ihr von neuem zur Wahlurne gerufen.**

Zwar habt ihr diesmal nicht die großen Linien der Reichspolitik anzugeben, da nur für den Landtag des Freistaates Sachsen gewählt wird. Aber ihr Arbeitsbienen Sachsens bildet einen großen entscheidenden Teil der deutschen Produktionskraft. Auch für den engeren Wirkungskreis Sachsens könnt ihr Barometer sein für die Politik im Reich. Darum kommt es auch bei dieser Wahl darauf an, ob sozialistisch oder kapitalistisch gewählt wird.

In Sachsen war schon bei der Reichstagswahl das Stimmenverhältnis der sozialistischen Gruppen günstiger als im Reich. Wurden doch in Sachsen 53 Prozent sozialistische und nur 47 Prozent kapitalistische Wählerstimmen abgegeben.

Deshalb, Ihr Männer und Frauen des werktätigen Volkes, Ihr Angestellten und Arbeiter, werbt, arbeitet für den Wahlkampf, rüffelt die Trägen, die Gleichgültigen auf, führt ihnen die Not vor Augen, die die kapitalistische Wirtschaft erzeugt, zeigt ihnen das aufsteigende Morgenrot sozialistischer Gesellschaftsordnung.

Erhebt damit die Verzweifelten und scharf alle um das Banner der

## Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens!

Der Landesvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Sachsens ging mit über 609.000 Stimmen als größte Partei Sachsens aus dem Wahlkampf hervor.

Die Elite der Arbeiterschaft Sachsens war ihrem siegreichen Banner gefolgt. Und doch war das Ergebnis nicht befriedigend. Wir haben nicht alle sozialistischen Stimmen der Nationalwahl aufgefogen. In Sachsen, wo die Industrie- und Arbeiterschaft in viel größerem Verhältnis zur Gesamtbevölkerung steht als im Reich, mußten mehr sozialistische Stimmen abgegeben werden sein.

**Ihr werktätigen Männer und Frauen, das muß am 14. November anders werden!** Zwar können wir in Sachsen allein nicht die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchführen, aber wir können von dem industriereichen Sachsen auf das Reich im Sinne der Vergesellschaftung einwirken. In Sachsen ist der Vergesellschaftung der Bodenschätze, der Braun- und Steinkohle vorgearbeitet, es bedarf nur eines Reichsgesetzes, um sie durchzuführen. Der Vergesellschaftung der Elektrizität und der Wasserkraft steht nur das Reich im Wege. Ist auch die Beseitigung kapitalistischer Ausbeutung letzten Endes ein Machtkampf, so kann durch eine sozialistische Mehrheit im Landtag dieser Kampf gefördert und auf das Reich übertragen werden.

Außer der großen Aufgabe der Vergesellschaftung der Produktionsmittel sind für das engere Landesgebiet noch andere wichtige Aufgaben zu lösen.

Das allgemeine Wahlrecht für die Gemeinden, Bezirksversammlungen, Bezirks- und Kreisräte ist nur ein Stück Gemeindeform, ihre Wirkung zerschellt an der alten Gemeindeverfassung in Sachsen. Aufgabe des Landtages wird es sein, eine gründliche Umgestaltung der Gemeindeverfassung für ganz Sachsen herbeizuführen, die nach einheitlichen Grundsätzen auf dem Boden freier Selbstverwaltung aufgestellt werden muß. Eine große, schwierige, aber dankbare Aufgabe. Mit den Resten gutsherrlicher Vorrechte muß gründlich ausgeräumt werden.

Für die Ausbildung unserer Jugend ist erst eine Brücke durch das Uebergangsschulgesetz geschlagen worden. Hier gilt es, ganze Arbeit zu machen.

**Es muß ein neues Schulgesetz geschaffen werden, das jedem befähigten Kinde den Aufstieg bis zur höchsten Stufe des Wissens freigibt.**

Die Schule muß nach einheitlichen Grundsätzen bis zum obersten Aufbau durchgeführt werden. Die Schulbildung ist Sache des Staates und muß den Gemeinden abgenommen werden. Es darf in Zukunft im Lehrziel keinen Unterschied zwischen Stadt und Land geben.

Die Trennung von Kirche und Staat ist durchzuführen. Die Auseinandersetzung mit der Krone muß endlich abgeschlossen werden.

**Aber auch mit der Tätigkeit der Parteien in der Volkshammer muß abgerechnet werden.** Die schwankenden Gestalten rechtssozialistischer Politik müssen verschwinden. Ein großes Schuldkonto ist zu tilgen. Die Stelle für Gemeinwirtschaft, die der Vergesellschaftung vorarbeiten sollte, etablierte sich als Studiengesellschaft und hemmte, statt der Vergesellschaftung der Produktionsmittel vorzuarbeiten.

Für die armen Invaliden und Altersrentner hatte man keine Staatsmittel zur Verfügung, sie verwies man an das Reich, aber für die nolleidenden Pfaffen hatte man zehn Millionen Mark Darlehn übrig. Statt der Trennung der Religion von der Schule, wie es Eltern und Lehrer verlangten, wurde die Erteilung des Religionsunterrichtes wieder angeordnet. Statt Fortschritt Rückschritt. Und die Rechtssozialisten förderten diese Reaktion.

So stehen eine Reihe wichtiger Probleme bei der Wahl zur Entscheidung. Demokraten, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei bildeten einen geschlossenen Block, um jede Sozialisierung zu verhindern. Sie rühmten sich dessen und unterstützten die Reaktion, die sich in den Bürgerräten, der Dragesch in Sachsen konzentriert. Die Reaktion erhebt auch in Sachsen kühn das Haupt.

Dieser vereinten Reaktion gilt es die geschlossene Front der Arbeiterklasse entgegenzustellen. Sie kann nur geschaffen werden durch zielklare, konsequente sozialistische Politik, wie sie allein die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in der Volkshammer vertreten hat und im Landtage vertreten wird.